

Ausgabe 09/2016



Interessierte Bürgerinnen und Bürger können den Newsletter im Wahlkreisbüro von Svenja Stadler (siehe Impressum) zum regelmäßigen Bezug per E-Mail bestellen.

Seevetal und der Verkehr

Der Ortsverein Seevetal lädt am Mittwoch, 29. Juni, um 19.30 Uhr zur Diskussion über Verkehrsthemen wie Decatur-Brücke, Raststätte Elbmarsch oder Alpha E ins „Uns Dörphus“ nach Seevetal, Hörstener Schulstraße 4. Es diskutieren: Daniela Behrens, Staatssekretärin im Landesverkehrsministerium, Kirsten Lüthmann und Svenja Stadler (beide MdB) sowie Klaus-Dieter Kirchhoff, SPD-Fraktionschef in Seevetal.

Für ein zeitgemäßes Sexualstrafrecht

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

jede dritte Frau in der Europäischen Union erfährt in ihrem Leben sexualisierte und/oder körperliche Gewalt. Mehr als jede zweite erlebt sexuelle Belästigungen. Die allermeisten Vergewaltigungen bleiben derzeit jedoch straffrei. Bislang sind sexuelle Handlungen dann strafbar, wenn das Opfer Gegenwehr leistet oder darauf verzichtet, weil Gewalt angedroht wird. Damit bleiben Fälle straflos, in denen das Opfer mit Worten widerspricht, vom Täter überrascht wird, aus Angst erstarrt ist und sich nicht wehrt, körperlichen Widerstand als aussichtslos erachtet oder befürchtet, sich dadurch weitere gravierende Verletzungen zuzuziehen.

Für mich steht fest, dass das so nicht bleiben kann. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen im Zusammenhang mit der Verschärfung des Sexualstrafrechts darum, dass es nicht von der körperlichen Wehrhaftigkeit des Opfers abhängen soll, ob es sich um eine Straftat handelt. Sexuelle Selbstbestimmung fängt an, wenn das Opfer

„Nein“ sagt. Es kann nicht sein, dass ein Täter nicht verurteilt wird, wenn sein Opfer weint und bittet, sich aber nicht gegen eine Vergewaltigung wehrt. Unser Sexualstrafrecht greift an dieser Stelle zu kurz. Um dies zu ändern, soll künftig der Grundsatz gelten: Nein heißt Nein!

Bundesjustizminister Heiko Maas drängt seit Monaten auf eine Verschärfung des Sexualstrafrechts, doch die Union blockiert. Wer eine schutzlose Lage einer Frau für sexuelle Übergriffe ausnutzt, muss dafür konsequent bestraft werden. Die sexuelle Selbstbestimmung und körperliche Unversehrtheit von Frauen darf bei uns nicht verhandelbar sein.

Die Chance, das Sexualstrafrecht an dieser zentralen Stelle zu modernisieren und die Vorgaben der Istanbul-Konvention endlich zu erfüllen, ist greifbar nah.

Nutzen wir sie!

Ihre

Was ist eigentlich – der Artikel 50 EU-Vertrag?

Gemäß Artikel 50 Absatz 1 EU-Vertrag kann ein EU-Mitgliedstaat im Einklang mit seinen verfassungsrechtlichen Vorschriften beschließen, aus der Union auszutreten. Das Mitglied, das einen Austritt aus der EU anstrebt, muss dem Europäischen Rat – also den Regierungschefs aller Mitgliedstaaten – seine Absicht offiziell mitteilen. Anschließend würden Verhandlungen zwischen dem austritts-

willigen Mitgliedstaat und dem Europäischen Rat beginnen. Daraufhin müssten die Mitglieder der EU einen Verhandlungsführer bestimmen, üblicherweise die EU-Kommission. Diese Verhandlungen hätten das Ziel, ein Abkommen zu erreichen, das die Einzelheiten des Austritts regelt und den Rahmen für zukünftige Beziehungen des austretenden Staates mit der Union festsetzt. Das austrittswillige Mitglieds-

land dürfte bei den Beratungen über den Austritt und dem anschließenden Beschluss über das Abkommen nicht anwesend sein. Schließlich müsste der EU-Rat dieses Abkommen mit qualifizierter Mehrheit beschließen. Dem EU-Parlament bliebe ein Vetorecht, während das austrittswillige Land jederzeit das Austrittsverfahren abbrechen kann, um Teil der Europäischen Union zu bleiben.

Zwischen Diplomatie und Sanktionen

„Nachhaltige Diplomatie ist die einzige Möglichkeit, die wir haben, um gegen die akuten Fluchtursachen etwas zu tun“, sagte Rolf Mützenich, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion für Außenpolitik, Verteidigung und Menschenrechte, jetzt auf einer Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) vor rund 50 Gästen in Winsen. Es gebe kein anderes Instrument, um Regionen langfristig zu befrieden und Staaten zur Achtung von Menschenrechten zu bewegen.

„Wie nachhaltig ist die aktuelle internationale Flüchtlingspolitik?“, lautete die Frage über dem Diskussionsabend, den Cosima Schmitt („Die Zeit“) moderierte, und an dem neben Mützenich der Winsener Pastor Markus Kalmbach, Felix Eikenberg vom FES-Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika sowie Svenja Stadler teilnahmen.

Eikenberg, der viele Jahre in den Ländern lebte, aus denen heute die meisten Flüchtlinge kommen, machte die Nachhaltigkeit daran fest, inwieweit die Industrieländer bereit sind, klima- und handelspolitisch umzudenken. Nicht zuletzt müssten aber auch die Waffenexporte eingedämmt werden.



Auf dem Podium im Winsener Marstall (v. l.): Rolf Mützenich, Markus Kalmbach, Cosima Schmitt, Svenja Stadler und Felix Eikenberg.

Über den Sinn der Zuschreibung „sichere Herkunftsländer“ und der daraus resultierenden Asylrechtspraxis gab es unterschiedliche Ansichten. Während Rolf Mützenich auf eine notwendige Konsensherstellung verwies, die dadurch erreicht würde, konnte Pastor Kalmbach nicht nachvollziehen, warum es dieser Einordnung überhaupt bedürfe, wenn ja doch jeder Einzelfall überprüft werde. „Ich würde mir vor allem eine größere Differenzierung wünschen“, so Svenja Stadler, die auf die Situation der Roma hinwies, die aus sichere

ren Herkunftsländern kommen, dort aber zum Teil schlimmen Diskriminierungen ausgesetzt sind.

Im Hinblick auf die EU-Flüchtlingspolitik machte Rolf Mützenich abschließend deutlich: „Wir kommen im Endeffekt nicht darum herum, gegen die sich nicht solidarisch verhaltenden Staaten in der EU Sanktionen zu verhängen. Nationale Politiken dürften sich nicht mehr durchsetzen.“ Außerdem müsse man international die Vereinten Nationen viel mehr einbeziehen und finanziell besser ausstatten.

Was bedeutet die Mietpreisbremse für Buchholz?

Auf Einladung der örtlichen Bundestagabgeordneten Svenja Stadler (SPD) informiert Bundestags- und Parteikollege Dennis Rohde am **Dienstag, 28. Juni 2016, um 19 Uhr in der Kantine des Rathauses Buchholz**, Rathausstraße 1, über die Mietpreisbremse. „Voraussichtlich im kommenden Herbst wird die Niedersächsische Landesregierung für die Stadt Buchholz eine Verordnung zur Einführung der Mietpreisbremse erlassen“, so Stadler.

Die Verordnung bezieht sich auf ein im vergangenen Jahr verabschiede-



Mietrechtsexperte in der SPD-Bundestagsfraktion: Dennis Rohde aus Oldenburg.

Recht und Verbraucherschutz, sei dafür der richtige Ansprechpartner.

tes Bundesgesetz. „Ich halte es daher für angemessen, über die Hintergründe aufzuklären und offene Fragen zu beantworten.“ Dennis Rohde, Mitglied im Bundestags-

Im Rahmen der Veranstaltung wird sich auch Bürgermeister Jan-Hendrik Röhse zu der Thematik äußern

Ein Gutachten der Investitions- und Förderbank NBank, das im Auftrag der Landesregierung erstellt wurde, hatte bereits zu Beginn des Jahres Buchholz als eine der teuersten Mietregionen Niedersachsens ausfindig gemacht. „Es wird immer schwerer, in der Nordheidemetropole bezahlbaren Wohnraum zu finden“, so Stadler. Die Mietpreisbremse soll dieser Entwicklung entgegenwirken.

Dialogforum Gleichwertige Lebensverhältnisse



Svenja Stadler, gemeinsam mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Sören Bartol und dem Leiter des Projekts „NeuerZusammenhalt, Jens Zimmermann (v.l.)

Die Rückmeldungen aus dem vorangegangenen Dialogprozess waren zahlreich: Am 3. Juni 2016 hat das Projekt „NeuerZusammenhalt - Gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland“ alle Beteiligten sowie die interessierte Öffentlichkeit zum abschließenden Dialogforum über die Sicherung der Daseinsvorsorge und die Unterstützung von Wertschöpfungspotenzialen in strukturschwachen ländlichen Regionen eingeladen. In drei Themenwerkstätten

(Mobilität, soziale Orte, Wertschöpfungspotenziale) wurden zahlreichen Ideen bis hin zu konkreten Vorschlägen für Gesetzesänderungen diskutiert und abgewogen: Welche Mobilitätsangebote sind notwendig? Wie kann Telearbeit dabei helfen, abgehängte Regionen wieder zu stärken? Welche Rolle kann und sollte das bürgerschaftliche Engagement

spielen? Einig war man sich darin, dass die Einrichtung einer Gemein-



In allen drei Themenwerkstätten wurde intensiv gearbeitet. Fotos (3): spdfraktion.de

schaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ erforderlich sei, so dass Bund und Länder gemeinsam in der Verantwortung stehen. „Es ist ein Alarmsignal für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, dass beispielsweise die Zahl der Schulabbrecher dort am höchsten sind, wo bereits eine hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Wenn es nicht gelingt, frühzeitig gegenzulenken, entsteht schnell eine



In der abschließenden Podiumsdiskussion mit Hans Eichel (r.) wurden die Ergebnisse zusammengefasst.

Eigendynamik, die man nur mit erheblichem Aufwand wieder einfangen kann“, so Svenja Stadler. Die Ergebnisse des Projektes werden ins Wahlprogramm der SPD einfließen.

„Zeit für Engagement“ - AG Bürgerschaftliches Engagement veröffentlicht Positionspapier

Bürgerschaftliches Engagement ist ein originäres Bürgerrecht. Damit Bürgerinnen und Bürger dieses Recht wahrnehmen können, brauchen sie unterstützende Strukturen und vor allem zeitliche Freiräume. Um hierauf aufmerksam zu machen, hat die Arbeitsgruppe Bürgerschaftliches Engagement der SPD-Bundestagsfraktion kürzlich das Positionspapier „Zeit für Engagement“ vorgestellt. „Wir wollen mehr Freiräume für Berufstätige schaffen, engagierte Unternehmen unterstützen und für bessere gesetzliche Voraussetzungen sorgen“, so Svenja Stadler, engagementpolitischer Sprecherin der Fraktion. So verdienen engagierte Unternehmen Anerkennung

und Unterstützung bei der Umsetzung ihrer Projekte. Schulen und Ausbildungsbetriebe sollten möglichst früh auf die Möglichkeiten von Beteiligung und Engagement hingewiesen werden und Zeit für freies, selbständig und eigensinnig organisiertes Engagement zulassen. „Von der Arbeitszeitverordnung bis hin zu Vorschriften für Vereine, gibt es viele Rechtsbereiche, die Engagierte und ihr Zeitbudget betreffen. Ihre Anliegen müssen mit in die Diskussion von Gesetzesvorhaben einfließen“, so Svenja Stadler. Das Positionspapier steht auf der Homepage von Svenja Stadler zum Download bereit:

☛ [„Zeit für Engagement“](#).

Jugendmedienschutz

Wie kann man Kinder vor unerwünschten Inhalten im Internet schützen und den Jugendmedienschutz ans digitale Zeitalter anpassen? Darüber diskutierten jetzt Experten aus Politik, Verbänden und Wirtschaft in Berlin. „Am wichtigsten ist, dass wir das hohe Schutzniveau aufrechterhalten können. Daran arbeiten wir“, so Svenja Stadler, die die Debatte moderierte.



Auf Wegen, Irrwegen und Umwegen



Wie üblich gab es für die jetzigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Reisegruppe, die auf Einladung Svenja Stadlers drei Tage in Berlin zu Gast war, eine geballte Ladung deutsche Geschichte und Politik. Neben dem Besuch des Bundestags, bei dem das Gruppenfoto mit der Abge-

ordneten aus dem Wahlkreis (Foto) entstand, standen Führungen in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und der Gedenkstätte Hohenschönhausen (ehemalige Untersuchungsanstalt der Stasi) auf dem Programm. Außerdem wurde die Ausstellung „Wege, Irrwege, Umwege“

im Deutschen Dom durchlaufen, die die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie aufzeigt, sowie zum Informationsgespräch ins Bundesverkehrsministerium geladen. Eine ausführliche Stadtrundfahrt rundete den vom Bundespresseamt organisierten Hauptstadt-Ausflug ab.

Aufgeschnappt

„Die meisten waren noch nicht geboren, als ich schon Fallrückzieher versenkt habe.“

*Claudia Neumann (*1964),
ZDF-Reporterin bei der Fußball-EM, über
sexistische Pöbeleien gegen sie im Netz*

Impressum

Svenja Stadler, MdB
Marktstraße 34
21423 Winsen
Tel.: (0 41 71) 6 92 90 90
Fax: (0 41 71) 6 92 90 99
Email: svenja.stadler@bundestag.de



Redaktion

Berliner Büro:
M. Delius/S. Tobiassen
A. Knobloch-Minlend
Wahlkreisbüro:
F. Augustin/A. Wolter-Deibele/
L. Ritz

Ein Jahr lang die USA erleben

„Ich habe eine tolle Zeit genossen und werde die Erinnerungen auf ewig mit mir tragen“, schreibt Lasse Petersen (17), dessen Austauschjahr im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) gerade zu Ende geht an seine Patin Svenja Stadler. Seit mehr als 30 Jahren fördern Bundestag und US-Kongress den Jugendaustausch zwischen Deutschland und den USA. Für das Austauschjahr 2017/18 können sich Jugendliche ab sofort um eines der Stipendien bewerben. „Es würde mich freuen, wieder eine Patenschaft übernehmen zu können“, sagt Svenja Stadler. Bewerbungsschluss ist der 16. September



2016. Während des Aufenthaltes in den USA leben die Jugendlichen in einer Gastfamilie und besuchen eine Schule vor Ort. Die PPP-Stipendien sind Vollstipendien, die den kompletten Kostenbeitrag inklusive Reise, Versicherung, Organisation

und Betreuung abdecken. Bewerbungsunterlagen gibt es hier: www.bundestag.de/ppp. Parallel werden Gastfamilien gesucht, die ab August/September 2016 einen der diesjährigen US-Stipendiaten aufnehmen möchten. Interessierte Familien wenden sich an die Austauschorganisation Youth For Understanding (YFU): gastfamilien@yfu.de.